



Im Haus der Wirtschaft in Stuttgart wurde die Erklärung vom Kultusminister und den Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen feierlich unterzeichnet. Fotos: Kultusministerium / Robert Thiele

Friedensbildung stärken!

Der Kultusminister von Baden-Württemberg Andreas Stoch hat am 30. Oktober gemeinsam mit Vertretern von Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Friedensbewegung und der Jugendarbeit eine Erklärung »zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen« unterzeichnet.

Die Erklärung erzeugte im Vorfeld unterschiedliche Kontroversen. Aus der baden-württembergischen CDU wurde kritisiert, dass nun »Organisationen, die früher vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, Zugang zu Schulen bekommen würden«. In den Friedensgruppen, die »Schulfrei für die Bundeswehr« fordern, wurde heftig diskutiert, ob die Erklärung nicht nur eine »Alibi-funktion« hat, um die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr fortzusetzen. So unterschrieben nicht alle. Die Friedenswerkstatt Mutlangen hat sich mit 14 anderen gesellschaftlichen Gruppen zur Unterzeichnung entschlossen.

Dazu gehören die GEW, der Landesjugendring, Vertreter der evangelischen Landeskirchen sowie der Einrichtungen für Jugendpastoral der katholischen Diözesen, die Alt-Katholische Kirche, die Berghof Foundation, Pax Christi, das Friedensbündnis Esslingen, sowie das Mennonitische Friedenskomitee. Gemeinsam und im engen Dialog mit den Unterzeichnenden wird das Kultusministerium als nächsten Schritt konkrete Maßnahmen entwickeln, um die Friedensbildung in Schulen nachhaltig zu stärken – beispielsweise im Bereich der Lehrerfortbildung oder durch den Aufbau einer Servicestelle. Gleiches gilt für die Friedensbildung und zivile Konfliktbearbeitung in der außerschulischen Bildung im schulischen Umfeld.

Von den Landtagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt es in diesem Zusammenhang positive Signale, das Vorhaben mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. [wsh]

Beutelsbacher Konsens: Der Konsens von 1976 legt drei Prinzipien fest: Gemäß dem Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrende Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Nach dem Gebot der Kontroversität (auch: Gegensätzlichkeit) muss etwas, das in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Das Prinzip der Schülerorientierung zielt darauf ab, die Schüler in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen.

Aus der Rede von

Kultusminister Andreas Stoch

☞ Frieden ist ein ebenso kostbares wie zerbrechliches Gut. Es ist die Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft, immer wieder daran zu erinnern, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern tagtäglich von neuem erarbeitet werden muss. Und dies gilt sowohl im großen als auch im kleinen Maßstab.

Für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft gilt es aber, auf allen Ebenen der Konfliktentstehung und -vermeidung anzusetzen. Friedensbildung in Schulen umfasst ein breites Spektrum und findet heute auf vielfältige Weise statt. Neben inhaltlichen Aspekten, wie etwa der Diskussion friedens- und sicherheitspolitischer Fragestellungen, zählen dazu auch Maßnahmen der Gewaltprävention oder Streitschlichtung. Mit der Erklärung, die wir heute unterzeichnen, will das Kultusministerium gemeinsam mit den verschiedenen, hier vertretenen gesellschaftlichen Gruppen ein deutliches Zeichen zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen setzen. ☞

Aus der Rede von **Doro Moritz** (GEW)

☞ Schulische Friedenserziehung darf und kann sich nur auf der Grundlage einer politischen Didaktik vollziehen, die den Intentionen des »Beutelsbacher Konsenses« folgt bzw. nicht widerspricht.

Schulen und ihre Lehrkräfte haben das Recht, Expert/innen jeglicher Bereiche einzuladen. Dazu zählen auch die Friedensorganisationen. [...] Davon wird zurückhaltend Gebrauch gemacht. Die GEW und weitere Organisationen vertreten weiterhin die Forderung nach Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, zu deren Fortbestand sich Ministerpräsident Kretschmann allerdings klar bekannt hat. Ziel unserer heutigen gemeinsamen Erklärung ist es, unabhängig von der bestehenden Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, vielfältige Impulse zu setzen und Maßnahmen zur Stärkung der Friedensbildung zu initiieren. ☞

☞ Pax Christi sucht nach Wegen, wie Konflikte im Kleinen wie im Großen gewaltfrei gelöst werden können. Wir werden den Prozess zur Friedensbildung in diesem Sinne kritisch begleiten und die Landesregierung dabei immer wieder an die Landesverfassung und ihre Aussagen im Koalitionsvertrag erinnern. ☞

MARKUS WEBER,
(Pax Christi Freiburg)

Werben fürs Töten und Sterben

KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN MIT DER BUNDESWEHR IM ÜBERBLICK

Die Bundeswehr hat seit 2008 insgesamt acht Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien abgeschlossen. Ausgangspunkt dieser Vereinbarungen war ein Schreiben des ehemaligen Verteidigungsministers Jung (CDU), der die Ministerpräsidenten aufforderte »eine individuell auf ihr Bundesland ausgerichtete Kooperationsvereinbarung zu entwickeln«.

Die Kooperationsvereinbarungen in ihrer zeitlichen Reihenfolge

1. Nordrhein-Westfalen am 29. 10. 2008 (unter der damaligen CDU-/FDP-Koalition), Modifizierung am 30. 8. 2012 von der rot-grünen Koalition,
2. Saarland am 25. 3. 2009 (noch unter der CDU-Alleinregierung), Modifizierung am 12. 4. 2011 von der CDU-/FDP-/Grüne-Koalition.
3. Baden-Württemberg am 4. 12. 2009 (CDU-/FDP-Koalition), Modifizierung am 14. 8. 2014 (Grüne-/SPD-Koalition)
4. Rheinland-Pfalz am 25. 2. 2010 (SPD-Alleinregierung),
5. Bayern am 8. 6. 2010 (CSU-/FDP-Koalition)
6. Mecklenburg-Vorpommern am 13. 7. 2010 (SPD-/CDU-Koalition)
7. Hessen am 4. 11. 2010 (CDU-/FDP-Koalition)
8. Sachsen am 21. 12. 2010 (CDU-/FDP-Koalition)

Die anderen acht Bundesländer haben keine eigenen Kooperationsvereinbarungen. Die Kooperationsvereinbarungen sichern der Bundeswehr die Möglichkeit, ihre militärische Sichtweise der Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht darstellen zu können. Werbung ist zwar untersagt, doch das Auftreten in Uniform macht dies zum Scheinargument. Die Jugendoffiziere spielen den Türöffner für die Karriereberater der Bundeswehr, die in den Schulen über das Berufsfeld »Soldatin/Soldat« informieren können. Dabei ist die Rolle der Karriereberater zwischen Information und Werbung fließend. Die Karriereberater sind von den Kooperationsvereinbarungen ausgenommen, was deren Möglichkeit, unter den Schülerinnen und Schülern Soldatinnen und Soldaten für das Kriegshandwerk anzuwerben, jeglicher Kontrolle entzieht.

☞ Speziell zur zivilen Konfliktbearbeitung als Thema der Lehrerfortbildung bringen wir Kenntnisse wie auch Erfahrungen mit Fortbildungen mit. Daher sehen wir in der Erklärung eine Chance, Friedensbildung in den Lehrplänen zu konkretisieren – als Grundlage für die LehrerInnenausbildung, den Schullehrer und den außerschulischen Bereich. ☞

RENATE WANIE
(Werkstatt f. Gewaltfreie Aktion Baden)

WEITERE PUNKTE DER ZUSAMMENARBEIT VON KULTUSBEHÖRDE UND BUNDESWEHR

- Die Jugendoffiziere sind in die Aus- und Weiterbildung von Referendarinnen und Referendare sowie Lehrerinnen und Lehrer eingebunden.
- In die Kooperation werden nachgeordnete Bereiche des Ministeriums einbezogen und es gibt einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Bundeswehr an das Kultusministerium

Erst mit der zunehmenden Kritik der Friedensbewegung an den Kooperationsvereinbarungen wurde in der sechsten Vereinbarung in Mecklenburg-Vorpommern der Beutelsbacher Konsens als Grundsatz der inhaltlichen Ausgestaltung aufgenommen. Damit verbunden ist ein Überwältigungsverbot und ein Gebot zur Darstellung gegensätzlicher Meinungen.

Die neuen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg weigerten sich, die Kooperationsvereinbarungen zu kündigen und modifizierten sie lediglich wie folgt:

Nordrhein-Westfalen

Die Jugendoffiziere werden aus der Lehreraus- und -fortbildung ausgeschlossen. Neben den Jugendoffizieren der Bundeswehr können auch Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht eingeladen werden. Allerdings kann hier von Gleichheit keine Rede sein, denn die Bundeswehr hat bundesweit 94 Jugendoffiziere und einen Öffentlichkeitsetat von fast 30 Millionen Euro. Für die Unterstützung der Friedensorganisationen zahlt das Land Nordrhein-Westfalen jährlich 30.000€.

Saarland

Auch hier wurden die Jugendoffiziere aus der Lehrerbildung herausgenommen. Wie in Nordrhein-Westfalen können Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht eingeladen werden. Es wurden aber keine Gelder bereitgestellt.

☞ Die Erklärung ist eine große Chance, das Bewusstsein für gewaltfreies Handeln zu stärken. Wenn Räume eröffnet, Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und Gewaltfreiheit zu diskutieren, wächst der Mut für den Frieden. In Mutlangen ist lebendiges Wissen vorhanden. Gewaltfreiheit, auch im internationalen politischen Diskurs, hat die Kraft gesellschaftliche Bedingungen nachhaltig zu verbessern. ☞

SILVIA BOPP
(Friedenswerkstatt Mutlangen)



Fotos: Joachim E. Röttgers, Graffiti

Baden-Württemberg

Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Anwärter bzw. Referendare entscheiden selbst- und eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme der Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung. Vorher konnten die Referendare zur Teilnahme verpflichtet werden. Die Jugendoffiziere dürfen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben. Das ist besonders wichtig, da z. B. beim Tag der Schulen, an dem mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler in eine Kaserne gefahren werden, die Unterscheidung zwischen Information und Werbung verwischt wird.

Sachsen-Anhalt

Das Kultusministerium in Sachsen-Anhalt hat am 15. 11. 2014 eine Handreichung für Schulen herausgegeben. Darin wird Wert darauf gelegt, dass bei Einladung von Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr darauf zu achten ist, parallel oder zeitnah auch Vertreterinnen oder Vertreter friedenspolitischer Organisationen die Gelegenheit zur Darstellung entgegenstehender Positionen unter vergleichbaren Bedingungen zu gewähren.



Wir als Bildungsgewerkschaft haben eine Verantwortung, die Lehrkräfte zu unterstützen und für eine Stärkung der politischen Bildung und Verantwortung – speziell auch der Friedensbildung – an den Schulen zu sorgen. Die Schule hat hier einen Auftrag nach der Landesverfassung, in der die Friedensbildung ausdrücklich thematisiert wird, was bisher aber unzureichend verankert war.

DORO MORITZ (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

VEREINBARUNGEN MIT DER FRIEDENSBEWEGUNG

Rheinland-Pfalz

Kooperationsvereinbarung mit dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz am 15. 8. 2011. Personen der Friedensbewegung können in den Unterricht eingeladen werden. Die Kooperationsvereinbarung hat die Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz gespalten. Nur ein Teil hat die Vereinbarung unterzeichnet. Deren Kritik, dass die Vereinbarung nichts bewirkt, wird dadurch gestützt, dass seit Sommer 2011 den 500 Einladungen an die Bundeswehr lediglich 6 Einladungen an die Friedensgruppen gegenüberstehen.

Saarland

Seit Juni 2013 gibt es einen Runden Tisch zur Friedenspädagogik, an dem auch Vertreter der Friedensinitiativen teilnehmen. Angestrebt wird die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien, ein Fortbildungsangebot für Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern, themenbezogene Projekttage und Pädagogische Tage.

Baden-Württemberg

Gemeinsame Erklärung des Kultusministeriums und 14 Gruppen der Zivilgesellschaft zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen am 30. 10. 2014. Ziel der Erklärung ist es, die Friedensbildung in Schulen zu verstärken und sie in den Bildungsplänen als fächerübergreifendes Anliegen stärker zu verankern. Die Themen der Friedensbildung werden in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern verstärkt.

❖ **Klaus Pfisterer** Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg

Frieden zu stiften und Frieden zu bewahren ist ein christlicher Grundauftrag. Innerhalb unserer Bildungsangebote nehmen die Themen „Globales Lernen“ und „Internationale Gerechtigkeit“ einen hohen Stellenwert ein, die Kindern vermittelt werden müssen.

ULRICH MÜLLERSCHÖN (Bischöfliches Jugendamt & Bund der Katholischen Jugend, Diözese Rottenburg-Stuttgart)

Für den Landesjugendring ist Erziehung zum Frieden ein wesentliches Bildungsziel. Wir werden konstruktiv an dem Thema Friedenserziehung mitarbeiten und sehen dies als notwendige gesellschaftliche Aufgabe, die auch wir mit wahrnehmen müssen.

JÜRGEN DORN (Landesjugendring)

Aus der Rede von **Susanne Hellstern** (Pax Christi)

Die aktuellen Krisen und Konflikte in aller Welt und das Scheitern militärischer Konzepte zu ihrer konstruktiven Bearbeitung bestärken uns, friedliche zivile Alternativen und Konfliktbearbeitungsmechanismen in Schule, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik aufzuzeigen, zu diskutieren, zu etablieren und einzufordern. Stellen wir uns vor, wie Entscheidungsträger der Zukunft handeln würden, die sich intensiv und fächerbergreifend mit ziviler Konfliktlösung, aktiven Beispielen der Gewaltfreiheit, Dialog und Prävention, mit Friedens- und Konfliktforschung auskennen. Denen viele Beispiele von Menschen, die gewaltfrei handeln, geläufig sind. Stellen wir uns vor, diese jungen Menschen von heute wissen um die Hilflosigkeit von Waffenlieferungen und Militärschlägen und finden kreative und gewaltfreie Lösungen für Konflikte. Wenn für sie Frieden mehr als nur Sicherheit und die Abwesenheit von Krieg ist. Dann wäre es Realität, was Albert Einstein forderte: ‚Das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.‘

Wir werden als Friedenskirche gesehen und bemühen uns, Friedensbildung als eine Haltung der Gemeinde zu etablieren. Wir wollen die Friedenserziehung als Bildungsziel in den Schulen verankern. Ich vertrete die Meinung, dass diese Erklärung, losgekoppelt betrachtet werden soll von der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr.

VOLKER HAURY (Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee)

Lieber einen Spatz in der Hand, als eine Taube auf dem Dach. Bisher war es der Friedensbewegung noch nie gelungen, mit einer baden-württembergischen Regierung eine Vereinbarung über Friedensbildung abzuschließen. Das ist schon mal etwas (wobei die Forderung nach Kündigung der Vereinbarung mit der Bundeswehr weiterhin gestellt werden muss).

THOMAS BITTNER (Friedensbündnis Esslingen)

Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« geht weiter

Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung von oben und von unten steht im Mittelpunkt der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden«. Die Kampagne will bis zum Ende des Schuljahres 2015/16 möglichst viele Schulen dafür gewinnen, sich als bundeswehrfrei zu erklären. Dies geht nur mit einem sehr langen Atem.



Auf der Bildungsmesse Didacta, warb die Bundeswehr. Die Friedensbewegung protestierte. [Foto: Jens Volle]

ZEITZEUGEN GESUCHT

Wir möchten eine Liste von Zeitzeugen anlegen, die bereit sind, Unterrichtsbesuche zu machen. Wir suchen Menschen, die bereit sind, Schülerinnen und Schülern ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu berichten. Wer über Erfahrungen mit Krieg, Vertreibung und Flucht, wer über Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung, Friedensdiensten und gewaltfreien Aktionen berichten kann und möchte, kann sich in der Pressehütte melden.

→ Telefon: (0 71 71) 7 56 61

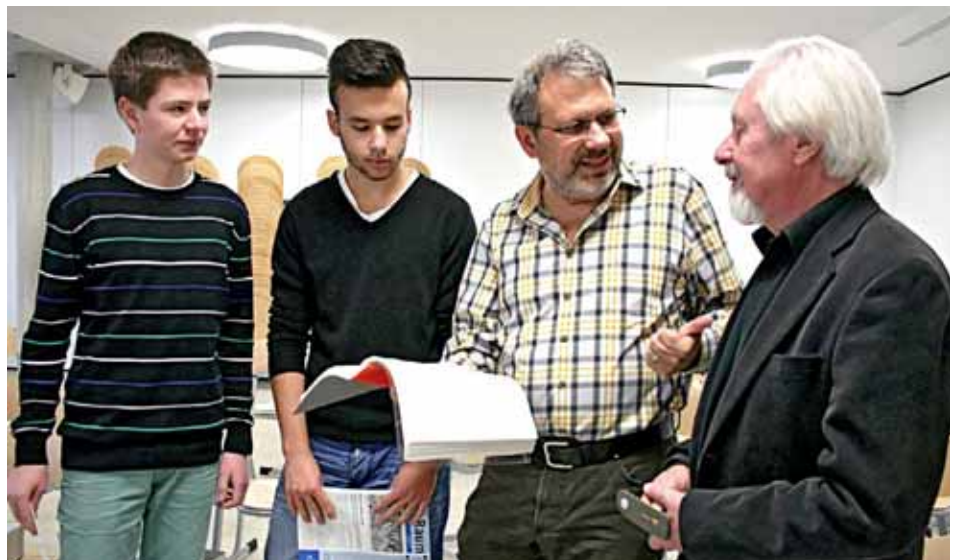
→ E-Mail: post@pressehuette.de

UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE BIS 8. MAI 2015 VERLÄNGERT

Die bundesweite Kampagne setzt sich gegen die Militarisierung von Schulen und Hochschulen und für zivile Bildung und Wissenschaft ein und wird getragen von studentischen Interessenvertretungen, Gewerkschaften, politischen Jugendverbänden, Wissenschaftsorganisationen sowie antifaschistischen- und Friedensorganisationen.

23.007 Unterschriften wurden bereits am 9. Oktober 2014 bei der Kultusministerkonferenz in Essen den politisch Verantwortlichen übergeben. Jetzt kann weiter gesammelt werden, die Kampagne läuft bis zum Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015!

→ www.lernenfuerdenfrieden.de



Die Friedenswerkstatt Mutlangen organisierte im Rahmen der Friedensdekade im Mutlanger Franziskus-Gymnasium ein Zeitzeugengespräch mit Gottfried Arlt, der in der DDR den Kriegsdienst verweigert hat. Einen Bericht finden Sie im FreiRaum/www.pressehuette.de [Foto: Stefanie Järkel/Kontext]

Die Reportage der Journalistin Stefanie Järkel zum Thema in der Kontext-Wochenzeitung:

→ www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/192/krieg-und-frieden-in-der-schule-2587.html

BILDUNGSTOOL: ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN

Seit 2005 arbeiten die Pressehütte Mutlangen und das Europäische Jugendnetzwerk BANG zusammen, um junge Menschen über Atomwaffen aufzuklären. In zahlreichen Workshops an Schulen und Universitäten, in Jugendgruppen und im Konfirmandenunterricht wurden dabei interaktive Methoden erarbeitet. Diese werden nun, als eine Art »Werkzeugkasten« zusammengefasst, auf dieser Website präsentiert:

→ www.nuclearfreeeducation.de

In Baden-Württemberg wurden in einem ersten Schritt über 80 Schulen in angeschrieben (u. a. Bertha-von-Suttner-Schulen, Albert-Schweitzer-Schulen, Geschwister-Scholl-Schulen, Albert-Einstein-Schulen).

Die Kampagne tritt weiter dafür ein, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr gekündigt wird. Diese Forderung wird nicht zuletzt im Landtagswahlkampf im Frühjahr 2016 eine wichtige Rolle spielen. Nächster Fokus hierzu ist der SPD-Landesparteitag im März 2015 in Singen.

→ www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch dem Magazin VERSÖHNUNG (www.versoehungsbund.de) beigeheftet.

Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99

Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollständige Adresse angeben!